

Die Probleme der Kripo sind lange bekannt. 2021 muss sich endlich etwas ändern!

2020 war für die Kripo ein schwieriges Jahr. Während in einzelnen Deliktfeldern wie der Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen, beim Straßenraub und bei den Gewaltdelikten beachtliche Erfolge erzielt wurden, ist in anderen Deliktfeldern das Fallaufkommen massiv gestiegen. Bei der Bekämpfung der Kinderpornografie, bei der Internetkriminalität und der Bedrohung durch extremistische Gefährder. Dabei sind die Probleme im K-Bereich lange bekannt: Die Kripo ist seit Jahren nicht nur personell gebeutelt und technisch unzureichend ausgestattet, sondern sie steht auch immer mehr hochtechnisierten, mobilen Tätern gegenüber. Die bevorstehende Pensionierungswelle lebensälterer, fachlich versierter Ermittler wird die Problemlage noch weiter verschärfen. Die GdP hält deshalb ein Umsteuern für unerlässlich. Die Kripo muss endlich die Ressourcen und die Handlungsmöglichkeiten bekommen, die sie für eine erfolgreiche Arbeit braucht. Handlungsbedarf besteht auf vielen Feldern.

Bekämpfung der Kinderpornografie

Auch in den kommenden Jahren ist die Bekämpfung der Kinderpornografie eine der größten Herausforderungen, die die Polizei bewältigen muss. Etliche der dazu erforderlichen Maßnahmen wurden bereits in Angriff genommen. Von der deutlichen Erhöhung der Ermittlungskapazitäten bis zur Entwicklung von einheitlichen Standards im Hinblick auf den Ressourceneinsatz, die Prozessabläufe und die Fortbildung.

Beispielhaft für die zu bewältigenden Fallmengen stehen hier die Komplexe Lügde, Bergisch Gladbach und Münster, mit BAOs, die

teilweise mehr als einhundert Kräfte umfasst haben. Die dabei sichergestellten Datenbestände stellen die Ermittler vor immense Herausforderungen. Die hier eingesetzten Sachbearbeiter haben die Belastungsgrenzen nicht nur erreicht, sondern oft deutlich überschritten.

Die GdP fordert deshalb, dass die Stellen in der Sachbearbeitung KiPo weiter erhöht werden. Den KiPo-Dienststellen müssen zudem zusätzliche Tarifbeschäftigte zur Auswertung der digitalen Spuren zugewiesen werden.

Forensik-Desktop

Nicht nur im Bereich KiPo nehmen durch größer werdende Datenmengen, durch un-

terschiedlichste Datenquellen und neue Formen der Zusammenarbeit auf der Täterseite die Anforderungen an die forensische Auswertung digitaler Daten ständig zu. Um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden, hat das LKA auf dem HiPoS-System den Forensik-Desktop als virtuellen Auswerterechner entwickelt. Über den Forensik-Desktop sind die Anwendungen Axiom (Auswertung forensischer Daten), Cellebrite Analytics Enterprise (Analyse insb. von Smartphone-Daten), Nuix (textbasierte Analysen), VizX2 (Bild- und Videoauswertung), X-Ways (Auswertung forensischer Daten) und Videmo360 (Gesichtserkennung) nutzbar. Bis zu 120 Nutzer können zeitgleich das noch in der Erprobung befindliche System nutzen.

Das Instrument könnte eine große Hilfe sein. Der Einsatz des Forensik-Desktops muss deshalb nach einer erfolgreich abgeschlossenen Testphase ausgebaut werden.

VIVA

Auch Anfang 2021 sind die massiven Probleme mit der neuen Standardsoftware der Polizei noch immer nicht endgültig beseitigt. Die Datenerfassung dauert länger als beim Vorläuferprogramm IGVP, die neue Software erschließt sich nicht intuitiv, der Workflow ist zu kompliziert und die Fehlerkorrektur zu aufwendig – so lauteten nur einige der am häufigsten geäußerten Kritikpunkte. „Die Probleme treten nicht nur punktuell, sondern flächendeckend auf“, heißt es in einem bereits Ende 2019 an Innenminister Reul geschickten Schreiben der GdP.

Zugegeben, das Innenministerium arbeitet an einer Lösung der technischen Probleme, beseitigt sind sie aber noch immer nicht. Und auch danach wird es bei dem höheren Zeitbedarf bei der Ersterfassung der Daten bleiben. Betroffen von den Problemen ist vor allem die Direktion K. Trotzdem gibt es keine Alternative zu VIVA. Daher kann die Forderung nur lauten, die Entwicklung hinsichtlich der Abläufe und der Benutzerfreundlichkeit weiter zu intensivieren.



Es geht nicht nur um Beförderungen und Stellen. Auch bei den strategischen Konzepten gibt es massiven Nachholbedarf.



Früher konnten die Behörden zwischen zahlreichen Bewerberinnen und Bewerbern auswählen, wenn es darum ging, eine frei gewordene Stelle im Ermittlungsdienst nachzubetzen. Dass das heute anders ist, liegt nicht nur an den fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten in der Direktion K und an der in vielen Dienststellen viel zu dünnen Personaldecke, sondern auch an hausgemachten Problemen, die das Innenministerium zu lange hat schleifen lassen. Dass die massive Arbeitsüberlastung in den Ermittlungsdiensten endlich ein Ende haben muss, ist mehr als überfällig. Auch dass die Aufstiegchancen bei K dringend verbessert werden müssen. Aber das ist keine Erklärung dafür, warum die Ermittlungsdienste nicht längst über die Technik verfügen, auf die sie im Zeitalter der Digitalisierung dringend angewiesen sind. Und es ist auch keine Erklärung dafür, warum das Innenministerium die neuen, zentralen Herausforderungen für die Arbeit der Kripo erst in den letzten Jahren in den Blick genommen hat. Von der Bekämpfung der Kinderpornografie und der Cyberkriminalität bis zur Bedrohung durch religiöse Fanatiker und politische Extremisten.

Hätte die Politik die Weichen früher gestellt, könnte die Polizei ihre knappen Ressourcen besser bündeln. Wären die Arbeitsbedingungen in den Ermittlungsdiensten zumindest ein Stück weit erträglicher. Sicher, in den letzten Jahren ist vieles in Angriff genommen worden, aber bei der Digitalisierung der Polizei und bei der Entwicklung neuer Ermittlungskonzepte stecken wir immer noch in den Kinderschuhen.

Will die Politik das massive Nachwuchsproblem in der Direktion K lösen, muss sie die bestehenden strukturellen Defizite endlich angehen. Das gilt auch für die fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten. Übrigens nicht nur bei K, sondern in allen Direktionen. Deshalb brauchen wir nicht nur ein Sofortprogramm für den Ermittlungsdienst, sondern endlich auch die Aufhebung des unsäglichen bereits 20 Jahre alten Deckelungsbeschlusses. Ein zarter Anfang dafür ist gemacht. Aber mehr noch nicht.

Michael Mertens
Landesvorsitzender

Ermittlungen wegen rechter Inhalte in Chatgruppen

2020 ist zudem eine Herausforderung auf die Ermittler zugekommen, mit deren Ausmaß zu Beginn des Jahres niemand rechnen konnte: der Verdacht der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und der Volksverhetzung in Chatgruppen von Polizistinnen und Polizisten.

Der Umfang der Ermittlungen und die Zahl der damit betrauten Kräfte hat ein enormes Ausmaß erreicht. Abgesehen davon, dass die Ermittler dafür von ihren eigentlichen Aufgaben abgezogen werden, die in dieser Zeit schlichtweg liegenbleiben, sind der politische Druck und die öffentliche Beobachtung, unter der die Ermittlungen stattfinden, eine zusätzliche Belastung.

Operativer Opferschutz

Bereits im Jahr 2018 erhielt das LKA den Auftrag, eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von

Standards der konkreten Aufgabenwahrnehmung im OpOS (Landesrichtlinien Operativer Opferschutz) einzurichten. In Zusammenarbeit mit den Kreispolizeibehörden Dortmund, Düsseldorf und Köln wurde ein umfassender Erlassentwurf erarbeitet, der u. a. Regelungen für den Umgang mit potenziellen OpOS-Fällen sowie vorgegebene Zuständigkeiten und Meldewege beinhaltet.

Neben dem Zeugenschutz stellt der Opferschutz eine weitere Aufgabe der Kriminalpolizei in herausragenden Gefährdungssachverhalten dar, wenn die Voraussetzungen des Schutzes gefährdeter Zeugen (Zeugenschutz) nicht vorliegen.

Weitere strategisch wichtige Deliktsfelder

Hinzu kommen eine ganze Reihe weiterer Deliktsfelder, die für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung wichtig sind. Zwei Beispiele:

Bei den Straftaten zum Nachteil älterer Menschen fällt besonders der Anstieg im Bereich Enkeltrick auf. Hinzu kommt die Zunahme von

Delikten, bei denen falsche Amtsträger aufgetreten sind. Hier muss die Präventionsarbeit deutlich verstärkt werden. Beim Wohnungseinbruch hingegen sind die Zahlen zurückgegangen. Hier zeigt sich deutlich, dass Erfolge erzielt werden, wenn der Polizei die dazu erforderlichen personellen und sachlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Dazu hat auch die anlassbezogene Sachfahndung im Internet beigetragen, die eine bessere Identifizierbarkeit des Diebesgutes (Verkaufsportale) führt.

Technische Ausstattung

Neben den zusätzlichen Deliktsfeldern und den personellen Ressourcen spielt auch die technische Ausstattung eine immer größere Rolle bei der Kriminalitätsbekämpfung. Die Kreispolizeibehörden sind zur Wahrnehmung ihrer kriminaltechnischen Aufgaben weder einheitlich noch durchgängig auf dem Stand von Wissenschaft und Technik ausgestattet. Dies erschwert sachgerechte Maßnahmen zur Spurensuche und -auswertung.



Im Jahr 2019 gestartete erste Ausstattungsprojekte, wie zum Beispiel das Spurenaufnahmesystem zur Digitalisierung von Schuhsohlenabdruckspuren, der Einsatz mobiler Mehrgasmessgeräte im Bereich der Brandermittlungen, die Erprobung eines mobilen Laser-Spektrometers zur Detektion von BtM, das Modellprojekt „Mobile Cyanacrylat-Beldampfung“ müssen weiter ausgebaut werden. Das gilt auch für die 2020 begonnenen Landesprojekte zur Modernisierung vorhandener

kriminaltechnischer Führungs- und Einsatzmittel und für den Einsatz zur Kriminalitätsbekämpfung.

Handlungsbedarf bei A 12/A 13

Erfolgreiche Arbeit hängt auch davon ab, ob die dort eingesetzten Beschäftigten entsprechend ihrer Aufgabe und ihrem Engagement bezahlt werden. Das gilt auch für die Kripo.

Auch wenn Fachkarrieren in der Direktion K wieder verstärkt möglich sind, besteht hier nach wie vor dringender Handlungsbedarf. Erst mit der Aufhebung des Deckelungsbeschlusses in Gänze wird sich die Situation weiter verbessern, sodass niemand mehr den Umweg über andere Direktionen beschreiten muss, um für seine Arbeit angemessen besoldet zu werden. Das ist schon seit Jahren eine Kernforderung der GdP. ■

Reul bleibt stur

In der bereits seit Anfang des Jahres laufenden Auseinandersetzung um die Streichung der Lehrzulage für die Polizistinnen und Polizisten, die in der Fortbildung eingesetzt sind, bleibt Innenminister Reul stur. Ein Anspruch auf die Zulage haben nach Meinung des Ministers nur die Kolleginnen und Kollegen, die mindestens die Hälfte ihrer Arbeitszeit selber unterrichten. Das trifft aufgrund der innovativen, modernen Fortbildungskonzepte des LAFP aber nur auf einen kleineren Teil der rund 240 Lehrenden zu. In einem Mitte September verschickten Schreiben hatte die GdP deshalb den Innenminister aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die bereits 20 Jahre alte Lehrzulagenverordnung des Landes an die veränderte Fortbildungsrealität angepasst wird. Alternativ kann sich die GdP auch eine eigene Regelung für die Polizei vorstellen.

Reul lehnt das ab. In seiner inzwischen vorliegenden Antwort an die GdP weist der Innenminister unter anderem darauf hin, dass die Lehrenden gar nicht so stark belastet sei-

en. Schließlich hätten sie am Wochenende und an den Feiertagen frei und dürften sich im Anschluss an ihre Verwendung beim LAFP an eine Wunschbehörde versetzen lassen.

Für die GdP kommt in dem Brief des Ministers eine kaum versteckte Missachtung der Leistung der Lehrenden zum Ausdruck. Außerdem warnt die GdP davor, dass es ohne eine Wiederherstellung der Lehrzulage in Zukunft kaum noch möglich sein wird, genügend gut qualifizierte Kolleginnen und Kollegen als Lehrende zu gewinnen. „Dass Fachwissen nicht nur von den eigenen Dozenten vermittelt wird, sondern auch von Experten von außerhalb, gehört bei hochwertigen Fortbildungen längst zum Standard. Das ist auch bei der Polizei nicht anders“, betonte der stellvertretende Landesvorsitzende, Michael Maatz, Anfang Dezember in einer Presseerklärung der GdP. „Wenn ich einen Kripo-Beamten zum Experten für die Bekämpfung von Bilanzmanipulationen fortbilden will, geht das nicht ohne das Fachwissen von Finanz- und Steuerex-

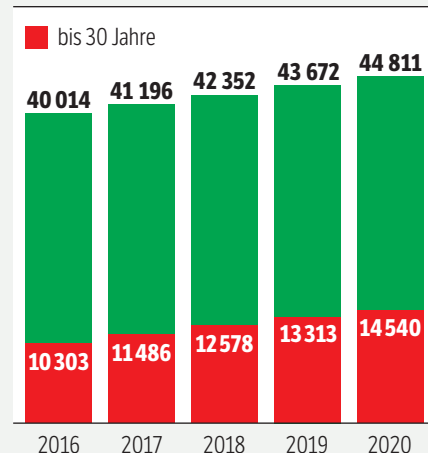
perten“, ergänzte Maatz. Auch bei der Fortbildung für andere Arbeitsbereiche gibt es vergleichbare Anforderungen. Die Vorstellung von Innenminister Reul, dass die Lehrenden bei der Polizei die Lehrzulage nur dann bekommen sollen, wenn sie mindestens 50 Prozent ihrer Arbeitszeit selber unterrichten, ist weltfremd. Die GdP wird sich auch weiter vehement für die Wiederherstellung der Lehrzulage für alle Lehrenden einsetzen. ■



Fast 45 000 Mitglieder

Im vergangenen Jahr hat die GdP bei der Mitgliederentwicklung erneut deutlich zugelegt. Ende 2020 waren in NRW 44 811 aktive und ehemalige Beschäftigte der Polizei Mitglied der GdP. Ohne den Bezirk Bundespolizei. Das sind fast 5 000 Mitglieder mehr als 2016. Auch der Anteil der jüngeren Mitglieder bis 30 Jahre ist erneut gestiegen.

Mitgliederentwicklung des Landesbezirks NRW



Stand: 31.12. des jeweiligen Jahres

Quelle: Gewerkschaft der Polizei





Endlich: DEIG-Pilot startet in vier Behörden



Es ist ein langer Weg, den das Distanzelektroimpulsgerät (DEIG) in Nordrhein-Westfalen zurücklegen musste, um aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP auf dem Streifenwagen zu kommen. Während andere Bundesländer vom DEIG längst überzeugt sind und es bereits im Streifen dienst einsetzen, geht es in NRW nun immerhin einen ersten Schritt vorwärts: Im Januar startet eine einjährige Testphase.

Das neue Einsatzmittel, umgangssprachlich auch Taser genannt, wird in den Präsidien Düsseldorf, Gelsenkirchen und Dortmund sowie in der Landratsbehörde im Rhein-Erft-Kreis getestet. Der Pilot läuft bis

März 2022. Erst dann soll entschieden werden, ob das DEIG zukünftig flächendeckend eingesetzt wird oder weiterhin nur den Spezialeinheiten zur Verfügung steht. Ein Blick nach Rheinland-Pfalz lässt vorausahnen, dass die Erprobung erfolgreich sein könnte: In einem einjährigen wissenschaftlich begleiteten Pilotprojekt wurde das DEIG in dem Nachbarbundesland in 30 Einsatzlagen angewendet. In 21 Fällen war bereits die Androhung des Tasers ausreichend, um die Situation zu beruhigen – eine eindrucksvolle deeskalierende Wirkung. Deshalb erklärte Michael Mertens nach Bekanntwerden des Piloten gegenüber den Medien: „Wir freuen

uns, dass die Geräte nach langer politischer Überzeugungsarbeit endlich im Polizeialltag erprobt werden.“ Kritisch sieht Mertens aber die Tatsache, dass der Pilot bis zum Frühjahr 2022 andauert und wenige Wochen später ein neuer Landtag gewählt wird. Mit einer möglichen neuen Regierungskoalition könnte dann die Debatte über den Taser wieder von vorn beginnen.

Insgesamt werden vom Land NRW 60 Taser angeschafft. Wie die bereits eingeführte Bodycam wird das DEIG aus dem Hause Axon sein. 30 Multiplikatoren und 400 Endanwender werden über drei Tage geschult und auf den Einsatz mit dem DEIG vorbereitet, denn die Rechts- und Handhabungssicherheit muss gewährleistet sein.

Die GdP befürwortet den flächendeckenden Einsatz des Distanzelektroimpulsgerätes seit Langem, weil es, neben der Bodycam, die Gewalt gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten zusätzlich verringern kann. Bislang müssen Polizeibeamte in kritischen Einsatzsituationen meistens zum Reizstoffsprüngerät oder zum Schlagstock greifen, wobei ein hohes Verletzungsrisiko in der Auseinandersetzung für beide Seiten besteht. Zudem gibt es Situationen, in denen nicht der Schlagstock oder die Schusswaffe das mildere Einsatzmittel sind, sondern das DEIG. Keine Einsatzszenarien für den Taser gibt es dagegen in dynamischen Lagen mit Stich- oder Schusswaffen. ■

Portal für digitale Seminare geht online

Exklusiv für die GdP-Mitglieder startet der Landesbezirk im Januar ein digitales Bildungsangebot. Eine interessante Auswahl an Online-Seminaren und Video-Kursen wartet auf die Mitglieder und wird stetig erweitert. Zum Start gibt es einen Einstieg in Themen wie „Erfolgreiche Kommunikation in sozialen Netzwerken“, „Gesundbleiben im Polizeiberuf“ und „Vorbereitung auf

den Ruhestand“. Einfach per Computer, Tablet oder Smartphone flexibel vom Arbeitsplatz, von zu Hause oder unterwegs digital lernen, informieren und sich austauschen.



Anmeldung und Infos unter:
gdp-bildung.de
Rückfragen per E-Mail:
bildung@gdp-nrw.de



gdp-bildung.de



Die Digitalisierung macht Autos zu Computern auf Rädern. Mit ihrem neuen verkehrspolitischen Programm gibt die GdP Antworten, wie sich die Polizei darauf einstellen kann.

2011 hat der Landesbezirk NRW sein erstes Verkehrspolitisches Programm veröffentlicht und damit eine Debatte über die Erhöhung der Verkehrssicherheit ausgelöst, die weit über NRW hinaus gewirkt hat. Jetzt hat der Arbeitskreis Verkehr eine Neuauflage des Verkehrspolitischen Programms vorgelegt, das Antworten auf die enormen Herausforderungen gibt, die durch die sich immer deutlicher abzeichnende Digitalisierung des Verkehrsgeschehens und die Mobilitätswende auf die Polizei zukommen. Die wichtigste Erkenntnis lautet: Digitalisierung und Mobilitätswende bedeuten, dass die Verkehrssicherheit neu gedacht und der Stellenwert der Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei deutlich erhöht werden muss.



Megatrend Digitalisierung

Die Digitalisierung macht Kraftfahrzeuge zu Computern auf Rädern, Automobilhersteller wandeln sich zu Mobilitätsanbietern. Die Vernetzung der Fahrzeuge untereinander und mit der Infrastruktur (Konnektivität) lässt die Autos zu einem Bestandteil des Internets der Dinge werden. Diese Revolution der Verkehrsinfrastruktur birgt viele Chancen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Leichtigkeit des Straßenverkehrs – aber auch Risiken.

Was passiert, wenn die Technik versagt? Werden die Fahrzeughersteller dann zu Unfallbeteiligten? Die Konnektivität bietet darüber hinaus ganz neue Möglichkeiten für Manipulationen und Angriffe von außen. Daher ist hier die höchstmögliche IT-Sicherheit erforderlich.

Für die Polizei ist die neue Technik eine Herausforderung – spätestens bei

der Unfallaufnahme: Digitale Unfallspuren gewinnen gegenüber analogen Spuren immer mehr an Bedeutung. Wann und wie bekommt die Polizei für ihre Ermittlungstätigkeit einen Zugriff auf Daten aus den Fahrzeugen? Wie kann sie sich vom technischen Zustand eines Fahrzeugs überzeugen, wenn Leistung und Verfügbarkeit von Assistenzsystemen künftig per Mausklick verändert oder per Abo dazu- und wieder abgebucht werden können? Wie können dann noch Fahrzeugmanipulationen erkannt und nachgewiesen werden?

Die Antworten aller Verkehrsexperten der GdP: Klare Regeln für einen einfachen und direkten Zugriff auf unfallrelevante Fahrzeugdaten. Einfachere Genehmigungsverfahren für den Einsatz moderner Verkehrsüberwachungstechnik der Polizei. Mehr und umfassend spezialisiertes Personal für die Verkehrsdirektionen, für das auch entsprechende Fachkarrieren zur Verfügung stehen müssen.

Megatrend Mobilitätswende

Neben der Digitalisierung nimmt die Mobilitätswende Fahrt auf. Besonders in den Ballungsräumen ist die Auseinandersetzung um die Neuordnung und -aufteilung des knappen Verkehrsraums voll entbrannt. Auch hier spielen elektrounterstützte Fahrzeuge eine immer größere Rolle – leider auch im Unfallgeschehen. Im verkehrspolitischen Gerangel um Umweltschadstoffe, neue Radwege und Elektrofahrräder geraten Fragen der Verkehrssicherheit häufig aus dem Blickfeld.

Dabei spiegelt sich die Schattenseite des Mobilitätswandels bereits deutlich in Veränderungen der Unfallstatistik: Zwar bestimmen Pkw noch immer das Geschehen, wenn es um die Zahl der Unfälle geht. Bei den Verunglückten hat sich das Bild in den letzten Jahren aber gewandelt. Am deutlichsten wird das bei einem Blick auf die Getöteten: 2016 standen in NRW 225 getötete Pkw-Insassen 162 getöteten Fußgängern und Fahrradfahrern gegenüber. 2019 starben 170 Personen im Pkw – gegenüber 163 getöteten Fußgängern und Fahrradfahrern.



Die Antworten der GdP-Verkehrsexperten: Bessere Einbindung der Polizei in die Planung und Umsetzung von Verkehrskonzepten, stärkere Fokussierung der Verkehrssicherheitsarbeit auf Radfahrer und striktere Regulierung von Elektrokleinstfahrzeugen.

94 Forderungen für mehr Verkehrssicherheit

Insgesamt enthält das neue Verkehrspolitische Programm der GdP NRW 94 Einzelforderungen zu allen für die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei wichtigen Bereichen: vom Rechtsrahmen über die Prävention, die Unfallaufnahme bis zum Opferschutz auf

der einen, vom bunten werdenden innerstädtischen Verkehr über die Landstraße bis zur Autobahn auf der anderen Seite.

In einem eigenen Kapitel werden auch die Anforderungen an die Direktion Verkehr im Detail umrissen. Die wichtigsten Forderungen lauten hier: eine bessere Wertschätzung von Expertenwissen durch Fachkarrieren und einen eigenen Stellentopf A 12/ A 13, bessere Ausstattung und mehr Arbeitsschutz. Und endlich eine gegenüber den anderen Direktionen gleichwertige Aufbauorganisation bis ins Innenministerium.

Die GdP sieht ihr Verkehrspolitisches Programm als Diskussionsbeitrag. Ihr zentrales Anliegen ist es, die Rahmenbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen in den

Verkehrsdirektionen zu verbessern, die Anerkennung für diese Kernaufgabe der Polizei zu erhöhen und so dafür zu sorgen, dass die Polizei ihren Auftrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit zukunftsorientiert erfüllen kann.

Die Neuauflage des Verkehrspolitischen Programms steht ab Ende Januar auf der Homepage des Landes zum Download bereit. In gedruckter Form gibt es das Verkehrspolitische Programm bei der Abteilung Verkehrspolitik und bei den Kreisgruppen vor Ort.



E-Mail: verkehr@gdp-nrw.de

Probelauf für Poloshirts

Die Uniform der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in NRW soll um ein Poloshirt erweitert werden. Aktuell befinden sich zwei Modelle in der Herstellung, die demnächst durch das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) vorgestellt werden sollen.

Um den Uniformcharakter zu wahren, soll das taschen- und reißverschlusslose Poloshirt mit Kragen und Hoheitszeichen ausgestattet

sein. Das in weiblicher und männlicher Ausführung geplante Shirt soll zudem aus einer modernen, funktionsfähigen Faser bestehen. Ob das Shirt ein Ersatz für das Sommerhemd sein wird und wann der Trageversuch genau starten soll stand bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht fest. Für die GdP stehen Funktionalität und Qualität an erster Stelle. Deshalb wird der Landesbezirk den Trageversuch kritisch begleiten. ■



In den Niederlanden gehört das Poloshirt schon lange zur Ausstattung.



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 25.1. Alfred Beyer, Wachtendonk
- 27.1. Horst Grebe, Viersen

91. Geburtstag

- 9.1. Gisela Krings, Alsdorf

92. Geburtstag

- 12.1. Maria Balzer, Nieheim
- 13.1. Elsa Helmig, Selm
- 16.1. Bernhardine Wieskus, Essen
- 17.1. Heinz Georg Rüdell, Krefeld
- 21.1. Erika Krokowski, Bottrop

93. Geburtstag

- 9.1. Margarete Lips, Wülfrath

94. Geburtstag

- 3.1. Hermann Radloff, Düsseldorf
- 4.1. Ruth Heidkamp, Minden
- 10.1. Maria Zensen, Rheinbach
- 13.1. Paul Sander, Dortmund

- 22.1. Rudi Besser, Köln
- Hermann Hartmann, Mönchengladbach
- 24.1. Heinz Winterstein, Buchholz
- 26.1. Gerhard Tamschick, Schwelm

95. Geburtstag

- 6.1. Elfriede Rochhold, Selm
- 23.1. Lotte Franzen, Duisburg

96. Geburtstag

- 12.1. Elisabeth Engelhart, Wuppertal

- 13.1. Johann Odenthal, Wangels
- 24.1. Manfred Zosel, Köln

100. Geburtstag

- 22.1. Marianne Matheus, Hanau

101. Geburtstag

- 9.1. Gertrud Voessing, Essen

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

DP – Deutsche Polizei
Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

ISSN 0170-6462

Redaktion
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Lukas Maaßen
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 5. Januar.

Der GdP Reiseservice -
DAS Reisebüro für GdP-Mitglieder
und deren Angehörige,
denn hier zahlt sich

Ihre Mitgliedschaft für Sie aus!

Ob Nah- oder Fernreise, Kreuzfahrt,
Hotel oder Ferienhaus, Mietwagen
oder Wohnmobil - rufen Sie uns an.



Unsere Hotline:

0211/29101 - 60

www.gdp-reiseservice.de

pinguin@gdp-reiseservice.de

Gudastraße 9 40625 Düsseldorf



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im Januar
erhalten einen Thalia-Gutschein
im Wert von 35,00 Euro.

45 97827, Bochum
45 18256, Oberbergischer Kreis
45 33977, Recklinghausen

DGB-Initiative wirbt auf Rheinbahn für mehr Respekt

Die Kampagne „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“ ist seit Kurzem auf einer ganzen Rheinbahn zu sehen, die durch Düsseldorf und Umgebung fährt und damit ein sichtbares Zeichen setzt: Wer tagtäglich im Dienst unserer Gesellschaft arbeitet, hat Respekt verdient! Mit vielen bundesweiten Aktionen thematisiert der DGB Gewalt und Respektlosigkeit gegenüber Beschäftigten und Polizistinnen und Polizisten. Die Initiative skizziert das Ausmaß eines gesellschaftlichen Skandals und fordert einen Bewusstseinswandel und konkrete Verbesserungen für Beschäftigte im Dienst der Gesellschaft. Alle Informationen und Materialien sind unter www.mensch.dgb.de abrufbar. ■



Foto: Ulrike Reimer

www.dgb.de/mensch

**VERGISS NIE
HIER ARBEITET EIN
MENSCH**

**ICH SORGE FÜR
DEINE SICHERHEIT.**

**UND DU ZEIGST MIR
DEN MITTELFINGER?**

Sophie macht unseren Alltag sicherer – genau wie viele andere Beschäftigte im Dienst der Gesellschaft. Trotzdem wird sie häufig Ziel von Beleidigungen und Gewalt.

Eine Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Mitte November wurde die Rheinbahn in den Motiven der Kampagne „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“ enthüllt. Für die GdP war Holger Hoever von der Kreisgruppe Düsseldorf dabei. Die Straßenbahn wird nun ein Jahr lang im regulären Fahrbetrieb zu sehen sein und für mehr Respekt werben.

Nachrufe

Ilse Wiertz	11.11.1921	Dortmund	Martin Morr	27.09.1931	Düsseldorf
Franz Düker	15.07.1929	Recklinghausen	Rainer Pohl	18.06.1945	Rheinisch Bergischer Kreis
Marion Peters	17.03.1963	Bergisches Land	Monika Schaefers	19.10.1945	Bielefeld
Alfred Kügler	19.07.1938	Kleve	Fridolin Linden	13.11.1938	Mönchengladbach
Martha Bettermann	30.08.1938	Coesfeld	Kurt Schreiber	30.08.1926	Bochum
Sigrid Oltmanns	14.01.1953	Bonn	Franz Böhmer	11.02.1951	Gelsenkirchen
Magdalene Kromer	25.05.1919	Rheinisch Bergischer Kreis	Wolfgang Knaupmeier	14.03.1937	Bielefeld
Hildegard Klinkhammer	07.09.1946	Rheinisch Bergischer Kreis	Rolf Marenbach	21.03.1949	Köln
			Rolf Carstens	14.10.1943	Essen/Mülheim